

Landkreis Leipzig | Landratsamt | 04550 Borna

Internet: www.landkreisleipzig.de
Amt: Haupt- und Personalamt | Vergabestelle
Bearbeiter/in: Jens Mühlig
Tel. +49 3433241-1151
Fax +49 3437984-7047
E-Mail: einkauf-vergabe@lk-l.de
Dienstgebäude:
04552 Borna | Stauffenbergstr. 4 | Haus 2
Öffnungszeiten:
Di 08:30 – 12:00 Uhr u. 13:30 – 18:00 Uhr
Do 08:30 – 12:00 Uhr u. 13:30 – 16:00 Uhr

Ihr Zeichen

Mein Zeichen

Datum

045.022

11.12.2024

Fr 08:30 – 12:00 Uhr
zusätzlich Mo u. Mi 08:30 – 12:00 Uhr
Kfz-Zulassung, Führerscheinstelle, Kasse,
Service KJC

Vergabenummer:

LKL-LuK-2024-0051

Betrieb der Gemeinschaftsunterkunft für 167 Geflüchtete in Neukieritzsch OT Großzossen (PLZ 04575)

Offenes Verfahren

Sehr geehrte Damen und Herren,

für das oben genannte Vergabeverfahren übersenden wir Ihnen nachfolgende Informationen. Wir bitten um entsprechende Beachtung.

Bei Fragen können Sie uns gern kontaktieren.

Mit freundlichen Grüßen

Jens Mühlig

Leiter Vergabestelle

Tel. : +49 (3433) 241-0 oder +49 (3437) 984-0
Fax : 49 (3433) 241-1111
E-Mail : info@lk-l.de

Steuernummer: 238/149/04849
Betriebs-Nr.: 05403393
Gemeindekennziffer: 14729000

Gläubiger-ID: DE77ZZZ00000068714

Bankverbindung: Sparkasse Leipzig IBAN DE32 8605 5592 1010 0202 81 BIC WELADE8LXXX
Sparkasse Muldentale IBAN DE05 8605 0200 1010 0000 86 BIC SOLADES1GRM
Informationen zum Zugang für verschlüsselte / signierte E-Mails / elektronische Dokumente sowie De-Mail unter demail.landkreisleipzig.de

Aufforderung zur Angebotsabgabe EU

Vergabenummer: LKL-LuK-2024-0051

a) Vergabestelle: Landratsamt Landkreis Leipzig
Stauffenbergstraße 4
04552 Borna
Deutschland

Telefonnummer: +49 3433241-1151

Telefaxnummer: +49 3437984-7047

E-Mailadresse: einkauf-vergabe@lk-l.de

b) Verfahrensart: Offenes Verfahren

c) Angebote können abgegeben werden:

- schriftlich.
- elektronisch in Textform.
- elektronisch mit fortgeschrittener Signatur.
- elektronisch mit qualifizierter Signatur.

Anschrift zur Einreichung schriftlicher Angebote: -ENTFÄLLT- (es sind ausschließlich elektronische Angebote zugelassen)

Anforderung digitaler Vergabeunterlagen unter:

d) Leistung: Betrieb der Gemeinschaftsunterkunft für 167 Geflüchtete in Neukieritzsch OT Großzössen

Art des Lieferauftrags: entfällt, da eine Dienstleistung ausgeschrieben wird

Gesamtmenge und Umfang: Betrieb der Gemeinschaftsunterkunft für 167 Geflüchtete in Neukieritzsch OT Großzössen (PLZ 04575) unter Beachtung sächs. VwV-Unterbringung (01.04.2025 - 31.03.2026).

Leistungsschwerpunkte:

- Betrieb
- Reinigungsleistungen
- Hausmeisterdienstleistungen
- Wachschutz (separate Vergütungsvereinbarung!)

Haupt-CPV-Nummer: 85320000-8

Weitere CPV-Nummern: 85311000-2
79713000-5
90911200-8
98341140-8

Name und Anschrift des Leistungsempfängers: Liegenschafts- und Kultusamt
Wohnungsverwaltung/Gemeinschaftsunterkünfte
Stauffenbergstraße 4
04552 Borna

e) Losaufteilung vorgesehen:

- ja
- nein

Angebote sind möglich für:

- Ein Los
- Maximale Anzahl an Losen:

Alle Lose

bei zugelassener Angebotsabgabe für mehr als ein Los:

Höchstzahl:

f) Nebenangebote zugelassen: ja
 nein

Die Abgabe mehrerer
Hauptangebote wird zugelassen: ja
 nein

g) Ausführungsfrist: 01.04.2025 - 31.03.2026

Auskunftserteilung:

Bemerkung zur Ausführungsfrist Nach Ablauf der Vertragslaufzeit setzt sich das Vertragsverhältnis automatisch unbefristet fort. Zum Auslaufen der Befristung als auch später kann jeder Vertragspartner mit einer Frist von 6 Monaten das Vertragsverhältnis kündigen.

h) Anschrift der Stelle, bei der die Vergabeunterlagen eingesehen werden können: Landratsamt Landkreis Leipzig, Haupt- und Personalamt,
Vergabestelle
Stauffenbergstraße 4
04552 Borna
Deutschland

i) Ablauf der Angebotsfrist: (Datum, Uhrzeit) 10.01.2025 10:00

Bindefrist: 28.02.2025

j) Höhe etwa geforderter Sicherheiten: entfällt

k) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind: gemäß Leistungsbeschreibung , ZVB und VOL/B

l) Mit dem Angebot vorzulegende Unterlagen:

- Erklärung, dass Gründe im Zusammenhang mit einer strafrechtlichen Verurteilung nicht vorliegen für (§ 123 Abs. 1 GWB - entspricht Eigenerklärung zur Eignung oder Einheitliche Europäische Eigenerklärung Teil III: Ausschlussgründe Buchst. A):
 - o Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung
 - o Korruption
 - o Betrug, Subventionsbetrug
 - o Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten
 - o Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung
 - o Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels

- Erklärung, dass keine Ausschlussgründe im Zusammenhang mit der Entrichtung von Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen bestehen (§ 123 Abs. 4 GWB - entspricht Eigenerklärung zur Eignung oder Einheitliche Europäische Eigenerklärung Teil III: Ausschlussgründe Buchst. B):
 - o Entrichtung von Steuern
 - o Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen

- Erklärung, dass keine Gründe im Zusammenhang mit Insolvenz, Interessenkonflikten oder beruflichem Fehlverhalten vorliegen für (§ 124 Abs. 1 GWB - entspricht Eigenerklärung zur Eignung oder Einheitliche Europäische Eigenerklärung Teil III: Ausschlussgründe Buchst. C)

- o Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen
- o Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen
- o Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen
- o Zahlungsunfähigkeit
- o Insolvenz
- o Vergleichsverfahren
- o der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage
- o Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter
- o Einstellung der gewerblichen Tätigkeit
- o Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit
- o Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs
- o Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren
- o Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens
- o Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen
- o Schuldig der Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage verlangter Unterlagen und Erhalt vertraulicher Informationen zu dem Verfahren

- Erklärung zur Befähigung zur Berufsausübung (§ 44 VgV - entspricht Eigenerklärung zur Eignung oder Einheitliche Europäische Eigenerklärung Teil IV: Eignungskriterien Buchst. A)

- o Eintragung in einem einschlägigen Berufsregister / Handelsregister

- Angaben über die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit (§ 45 Abs. 1 VgV - entspricht Eigenerklärung zur Eignung oder Einheitliche Europäische Eigenerklärung Teil IV: Eignungskriterien Buchst. B):

- o leistungsbezogener Jahresumsatz von mindestens 500.000 €
 - o Gründung des Wirtschaftsteilnehmers, sofern die Information zum allgemeinen Jahresumsatz nicht für den gesamten vorgegebenen Zeitraum erhältlich ist
 - o Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung (Police)
- # Mindestanforderung:
- Deckungssumme für Personenschäden in Höhe von mindestens 5.000.000 €/Versicherungsjahr
 - Deckungssumme für Sach-/Vermögensschäden in Höhe von mindestens 2.500.000 €/Versicherungsjahr
 - Obhut- und Bearbeitungsschäden bis 1.000.000,00 €,
 - Schlüsselschäden bis 50.000,00 €,
 - Allmählichkeitsschäden bis 1.000.000,00 €,
 - Umweltschäden bis 1.000.000,00 €.
 - bzw. Verpflichtungserklärung zur Erhöhung der Betriebshaftpflichtversicherung auf vorgenannte Summen zum Vertragszeitraum

- Angaben über die technische und berufliche Leistungsfähigkeit (§ 46 Abs. 1 VgV - entspricht Eigenerklärung zur Eignung oder Einheitliche Europäische Eigenerklärung Teil IV: Eignungskriterien Buchst. C):
 - o Referenzen über die Erbringung vergleichbaren Leistungen der genannten Art des Bieters (Referenzen):
 - # Mindestanforderung:
 - Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete (geeignete Referenzen aus Sachsen sind bevorzugt anzugeben)
 - die Referenzen müssen ausgeführt sein
 - mindestens 3 Stück innerhalb der letzten 3 Jahre
 - mindestens 50 % des Auftragsvolumens (€)
 - der Komplexität des Auftragsgegenstandes entsprechend
 - mit Bezeichnung, Auftragswert, Anschrift des Referenzgebers, (Ansprechpartner, Telefonnummer), Standort und Art der Unterkunft, Kapazität der Einrichtung, Bestandteile des Auftragsgegenstandes, Anzahl und Qualifikation des eingesetzten Personals.
 - o Durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl
- Anlage zur Eigenerklärung zur Eignung (Weiterführende Angaben zu den 3 Referenzen)
- Eigenerklärung zur Zahlung eines Mindestlohnes (Formblatt Eigenerklärung zur Zahlung eines Mindestlohnes)
- Erklärung der Bietergemeinschaft (Formblatt Erklärung der Bewerber-/Bietergemeinschaft - sofern erforderlich)
- Verzeichnis der Unterauftragnehmerleistungen (Formblatt Verzeichnis der Unterauftragnehmerleistungen - sofern erforderlich)
- Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen bei Eignungsleihe (Formblatt - Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen - sofern erforderlich)
- Eigenerklärung zur EU-Sanktions-VO
- ggf. Nachweis der Ortsbesichtigung (Formblatt Nachweis der Ortsbesichtigung)

Sonstige Erfordernisse, die die Bewerber bei der Bearbeitung ihrer Angebote beachten müssen:

Die Frist für die Auskunftserteilung über die Vergabeunterlagen endet am 03.01.2025, 24.00 Uhr.

Es gelten die beiliegenden "Allgemeinen Bewerbungsbedingungen des Landkreises Leipzig für die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen".

Alle eingereichten Unterlagen müssen in deutscher Sprache verfasst sein.

Auf gesondertes Verlangen mit dem Angebot einzureichende Unterlagen:

- Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen anderer Unternehmen (Formblatt Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen anderer Unternehmen - sofern erforderlich)
- Namen der Unterauftragnehmer (Formblatt Verzeichnis der Unterauftragnehmerleistungen)

- Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen bei Unteraufträgen (Formblatt - Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen - sofern erforderlich)

- Bescheinigungen/Nachweise zuständiger Stellen der gemachten Eigenerklärungen, insbesondere:

o Gewerbeanmeldung

o Berufs-, Handels-, Vereinsregisterauszug

o Rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan (falls eine Erklärung über das Vorliegen eines solchen Insolvenzplanes angegeben wurde)

o Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist

o Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw.

Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt

o Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen

o Nachweise hinsichtlich einer eventuell durchgeführten Selbstreinigung

o Preisermittlungsunterlagen (z.B. Urkalkulation, Auszüge aus der Urkalkulation) zur Aufklärung von einem oder mehreren Einheitspreisen

o Zur Höhe des Umsatzes Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen

o Nachweis über das Bestehen einer Betriebs-/Haftpflichtversicherung mit der geforderten Mindestdeckungssumme (Police) bzw. Bestätigung des Versicherers über den Abschluss/die Bereitschaft, im Auftragsfall eine Versicherung mit den genannten Deckungssummen bereit zu stellen

- Aufklärungserläuterungen/-unterlagen (§ 15 Abs. 5 VgV, § 16 Abs. 9 VgV, § 48 Abs. 7 VgV, § 60 VgV)

m) Sonstiges:

Die Frist für die Auskunftserteilung über die Vergabeunterlagen endet am 03.01.2025, 24.00 Uhr.

Es gelten die beiliegenden "Besonderen Bewerbungsbedingungen".

Es gelten die beiliegenden "Allgemeinen Bewerbungsbedingungen des Landkreises Leipzig für die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen".

Alle eingereichten Unterlagen müssen in deutscher Sprache verfasst sein.

Es sind keine eigenen Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) des Bieters im Sinne von § 305 BGB beizufügen. AGB, insbesondere Liefer-, Vertrags- und Zahlungsbedingungen des Bewerbers/Bieters, werden durch Wiedergabe/Beifügung in den Teilnahme-/Angebotsunterlagen nicht Vertragsbestandteil und durch den Auftraggeber nicht anerkannt.

Fehlende oder auf gesondertes Verlangen einzureichende

Erklärungen und Nachweise werden mit einer angemessenen Frist nach- bzw. angefordert. Werden die Erklärungen und Nachweise nicht innerhalb dieser gesetzten Frist vorgelegt, führt dies zum Ausschluss vom Vergabeverfahren.

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung für die zu vergebende(n) Leistung(en) durch den Eintrag in einem amtlichen Verzeichnis gemäß § 48 Abs. 8 VgV (AVPQ) und ergänzend durch Vorlage auftragspezifischer Eignungsnachweise (z.B. Referenzen), die im amtlichen Verzeichnis nicht die geforderten Mindestanforderungen erfüllen bzw. nicht hinterlegt sind.

Ab einer Auftragshöhe von 30.000 Euro (ohne USt.) fordert die Vergabestelle für den/die Bieter/Bietergemeinschaft (für jedes Mitglied), der/die den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung oder im Rahmen eines Teilnahmewettbewerbs für diejenige(n) Bewerber/Bewerbergemeinschaft(en) (für jedes Mitglied), die zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden sollen, eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister gemäß § 6 WRegG an.

Bei Einreichung einer "EEE" ist § 50 Abs. 2 Satz 2 VgV zu beachten. Die "EEE" findet gemäß § 65 Abs. 4 VgV bei der Vergabe von sozialen und anderen besonderen Dienstleistungen keine Anwendung und wird in diesen Fällen nicht als vorläufiger Nachweis der Eignung akzeptiert.

Die Vergabeverfahren des Landkreises Leipzig werden grundsätzlich elektronisch über einen Vergabemanager (AI-Vergabemanager) und die Vergabeplattform eVergabe.de abgewickelt (§ 9 Abs. 1 VgV). Voraussetzung für die elektronische Abgabe eines Teilnahmeantrags/Angebots ist i.d.R. die kostenfreie Registrierung auf vorgenannter Vergabeplattform und die Installation der Bietersoftware AIBietercockpit (AI-BC; <https://www.bietercockpit.de/>). Die Bedienungshinweise (Benutzerhandbuch), Nutzungsbedingungen und erforderlichen technischen Systemvoraussetzungen erfahren Sie auch unter <http://www.evergabe.de>.

Für die Installation des AI-Bietercockpits und technische Fragen zur elektronischen Teilnahmewettbewerbs-/Angebotsabgabe wenden Sie sich bitte ausschließlich an den Bietersupport der eVergabe.de GmbH. Dieser steht Ihnen gemäß der Servicezeiten von Montag bis Freitag (Telefon: +49 351 41093-1444 oder +49 351 41093-1422; E-Mail: auftragnehmer@evergabe.de) zur Verfügung. Weiterhin finden Sie umfangreiche Informationen in den dort zur Verfügung gestellten FAQ sowie unter der Rubrik Hilfe & Service.

Bitte berücksichtigen Sie für Ihre Registrierung und elektronische Abgabe von Teilnahmeanträgen/Angeboten, dass die Übertragung Ihrer Unterlagen aufgrund großer

Datenmengen längere Zeit in Anspruch nehmen kann oder technische Probleme auftreten können. Insbesondere bei der erstmaligen elektronischen Abgabe von Teilnahmeanträgen/Angeboten, kalkulieren Sie bitte ausreichend Bearbeitungszeit für die Registrierung und das Hochladen der Unterlagen auf der Vergabeplattform ein. Zeitliche Verzögerung beim Hochladen des Teilnahmeantrags/Angebots, die zur Verfristung der Teilnahmeantrags oder Angebots führen, gehen zu Lasten des Bewerbers/Bieters.

Sofern die Vergabeunterlagen ohne vorherige Registrierung bzw. Anmeldung auf der Vergabeplattform heruntergeladen werden können, erfolgt bei Veränderungen (Neuversionierung) im Vergabeverfahren keine gesonderte Benachrichtigung per E-Mail an unregistrierte Bewerber/Bieter. Es obliegt dem unregistrierten Bewerber/Bieter, sich selbstständig über Änderungen und Antworten auf Bewerber-/Bieterfragen auf der Vergabeplattform zu informieren (Holschuld). Vor diesem Hintergrund wird eine vorherige Registrierung auf der Vergabeplattform dringend empfohlen. Stellen Sie daher vor Ablauf der Teilnahme-/Angebotsfrist und der Abgabe Ihres Teilnahmeantrags/Angebots sicher, dass Ihnen alle aktuellen Informationen und die aktuelle Version der Vergabeunterlagen zur Verfügung stehen und ausschließlich diese verwendet werden.

Bei Nachrichten der Vergabestelle an den Bewerber/Bieter sowie bei der Neuversionierung der Vergabeunterlagen werden die registrierten Bewerber/Bieter über die bei der Plattformregistrierung hinterlegte E-Mail-Adresse über deren Bereitstellung elektronisch informiert. Die Nachricht selbst wird auf dem Server der eVergabe-Plattform hinterlegt und verbleibt dort bis Abruf und Herunterladen durch den Bewerber/Bieter (Bieterpostfach auf der Vergabeplattform). Der Abruf der für den Bewerber/Bieter bestimmten Nachrichten kann ausschließlich nach vorheriger Anmeldung im AI-Bietercockpit erfolgen (beachten Sie hierzu auch die Synchronisationsfunktion!). Bewerber/Bieter sind gemäß Ziffer 1.4 verpflichtet, über dieses Nachrichtentool (Bieterpostfach) des AI-Bietercockpits zu kommunizieren. Es obliegt dem Bewerber/Bieter (registrierten Nutzer), sich selbstständig und regelmäßig, mindestens einmal arbeitstäglich, über die Bereitstellung an ihn adressierter Nachrichten zu informieren (Holschuld) und dafür Sorge zu tragen, dass die im Benutzerkonto hinterlegte E-Mailadresse (möglichst funktional und nicht personalisiert) stets aktuell ist.

Das Bieterpostfach und der Bieterbereich der AI Vergabeplattform sind ausschließlich dem Machtbereich des Bewerbers/Bieters zuzuordnen. Nachrichten der Vergabestelle gelten ggü. dem Bewerber/Bieter nach Absendung und Einstellung auf die Vergabeplattform als zugestellt.

Es obliegt den Bewerbern/Bietern, evtl. auftretende Störungen des Vergabeportals (Bieterbereich/AI-Bietercockpit) unverzüglich dem Bietersupport der eVergabe.de GmbH sowie

ergänzend der Vergabestelle zu melden.

Die Angebote sind ausschließlich auf Basis der jeweils aktuellen Version der Vergabeunterlagen einzureichen. Die Einreichung von Angeboten auf Basis veralteter Versionen der Vergabeunterlagen führt zum zwingenden Ausschluss vom Verfahren. Bereits eingereichte Angebote auf Basis veralteter Vergabeunterlagen sind unverzüglich, d.h. vor Ablauf der Angebotsfrist, im Bietercockpit zurückzuziehen und auf Basis der aktuellen Version der Vergabeunterlagen vollständig neu einzureichen. Neben einer externen Hinweis-E-Mail und Bietercockpit-Nachricht erfolgt im Bietercockpit hierzu ergänzend eine zu beachtende Hinweismeldung.

n) Vertragsstrafen:

Der Auftragnehmer hat als Vertragsstrafe zu zahlen:

Bei Überschreitung der benannten Fristen desjenigen Teils der Leistung, der nicht genutzt werden kann. Die Bezugsgröße zur Berechnung der Vertragsstrafe bei der Überschreitung von Einzelfristen ist der nicht nutzbare Teil der Leistung, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt v.H. der Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt.

Verwirkte Vertragsstrafen für den Verzug wegen Nichteinhaltung verbindlicher Zwischentermine (Einzelfristen als Vertragsfristen) werden auf eine durch den Verzug wegen Nichteinhaltung der Frist für die Vollendung der Leistung verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.

o) Anschrift der Vergabekammer, § 156 GWB:

1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen
Braustraße 2
04107 Leipzig
Deutschland
+49 341977-3800

Anlagen

mit dem Angebot einzureichen:

- Kennzettel
- Angebotsschreiben
- Leistungsverzeichnis
- Eigenerklärung zur Eignung
- Eigenerklärung zur Zahlung eines Mindestlohnes
- Erklärung Bietergemeinschaft (sofern erforderlich)
- Verzeichnis Unterauftragnehmerleistungen (sofern erforderlich)
- Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen anderer Unternehmen (sofern erforderlich)
- Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen (sofern erforderlich)
- Eigenerklärung zur EU Sanktions-VO
- Nachweis der Ortsbesichtigung (sofern erforderlich)
- Anlage zur Eigenerklärung zur Eignung
-
-
-

zum Verbleib beim Bieter

- Bewerbungsbedingungen des Landkreises Leipzig für die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen
- Zusätzliche Vertragsbedingungen des Landkreises Leipzig für die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen
- Leistungsbeschreibung
- Anlage 2 - Lageplan
- Anlage 3 - Grundrisse
- Anlage 4 - Nutzungs- und Gebührensatzung
- Anlage 5 - Vereinbarung zu Wachschutzkosten
- Anlage 6 - Belehrungsbogen
- VOL/B
- Übersicht geforderter Nachweise
-
-
-
-
-